

Klaus Heller: Rechtschreibreform: Turbulenzen. Und wie weiter?

Eineinhalb Jahre nach der Gemeinsamen Erklärung von Wien, die nicht nur von den deutschsprachigen Staaten, sondern auch von einer Reihe weiterer Länder unterzeichnet wurde, halten die Turbulenzen um die neue Regelung der deutschen Rechtschreibung weiter an. Ausgehend von einem späten Protest deutscher Schriftsteller, der weithin dem Motto folgte: „Wir kennen die neuen Regeln zwar nicht, haben uns auch an die alten nicht immer gehalten, sind aber entschieden gegen jede Veränderung!“, und geschürt von mancherlei Eiferern eskalierte die Erregung in einem Ausmaß, das rational kaum zu begreifen ist. Natürlich ist bei Veränderungen, die ein so komplexes System wie die Schreibung betreffen, – auch dann, wenn die vorgenommenen „Korrekturen“ unbezweifelbar und nachweislich nicht nur notwendig, sondern zweckmäßig, Erleichterung schaffend und zukunftsweisend sind – davon auszugehen, dass nicht alle Bedürfnisse zufrieden gestellt werden können, sodass Irritationen unausweichlich auftreten. Den Lehrern und Didaktikern ist die Neuregelung noch immer zu linguistisch, nicht einfach genug. Den Linguisten dagegen scheint sie viel zu didaktisch, zu sehr auf die Schule ausgerichtet. Und dort, wo man die Hoffnung haben durfte, dass sich beides vereinen ließe, mangelte es mitunter an der politischen Durchsetzungskraft. So sind die anhaltenden Debatten um die nach jahrelangem zähen Ringen zustande gekommene Neuregelung ein eklatantes Beispiel dafür, dass ein Kompromiss, und mag er auch noch so wohlausgewogen sein, notwendig kompromisslose Geister jedweder Art auf den Plan ruft. Emotionale Aufwallungen in einem solchen Maß, die sich überdies regelmäßig wiederholen, sobald es um die Rechtschreibung geht, sind aber wohl nur aus einer Überlagerung mehrerer Faktoren zu erklären. Zum einen stauen sich in jedem Einzelnen, der da schreiben lernen musste, unwirsche Gefühle gegen das Traktandum Rechtschreibung an sich. Zum anderen steigen

sofort Ängste auf, wenn das so schwer Errungene seine Gültigkeit nun gar verlieren sollte. „Erwirb es, um es zu besitzen“ hieß es, und nun soll es, bitteschön, beim alten Besitz bleiben. Nicht unwesentlich beigetragen haben zur Eskalation der Gefühle aber auch die nicht enden wollenden Fehlinformationen. Falschmeldungen in Wort und Bild von der BILD-Zeitung bis hin zum ZDF (wie einprägsam ist es doch, wenn ein Kind *Filosofie* an die Schultafel schreibt!) haben die Bemühungen um die Neuregelung behindert, Unruhe gestiftet, Unsicherheit verbreitet, Proteste initiiert. *Miss-tand* sei in Zukunft zu trennen, suggerierte zum Beispiel erst kürzlich noch „Die Welt“ ihren Lesern.

Natürlich gibt es auch ernst zu nehmende Kritik. Sie wird auf juristischer, politischer und inhaltlicher Ebene laut.

Auf juristischer Ebene haben in den vergangenen Wochen eine Reihe von Verwaltungsgerichten und Oberverwaltungsgerichten über Elternklagen entschieden, die sich gegen die vorgezogene Einführung der Reform richten. In der Mehrzahl wurden diese Klagen zwar abgewiesen, doch einzelne Gerichte äußern verfassungsrechtliche Bedenken. Darüber wird letztlich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe befinden müssen. Gefordert wird – mit der Begründung, die rechtschreiblichen Änderungen würden in das Persönlichkeits- und Erziehungsrecht von Eltern und Schülern eingreifen – eine gesetzliche Regelung. Sollte diese notwendig werden, müsste folgerichtig wohl jeder Rechtschreibfehler als Gesetzesverstoß geahndet werden – eine Praxis, die schwer vorstellbar ist.

Auf Antrag einer Gruppe von Abgeordneten wird sich auch der Bundestag mit der deutschen Rechtschreibung und ihrer Reform befassen. Während der Vorsitzende der Unionsfraktion, Wolfgang Schäuble, ein Rechtschreibgesetz eher für unwahrscheinlich, einen Staatsvertrag jedoch für einen gangbaren Weg hält, befürworten die Ministerpräsidenten der Länder weder das eine noch das andere und suchen weiterhin klärende Gespräche mit der Bundesregierung.

Indessen prüft die von den Innenministerien der beteiligten Staaten und den Kultusministerien eingesetzte zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung, die ihre Geschäftsstelle am Institut für deutsche Sprache in Mannheim hat, alle konstruktiven Einwände und Vorschläge inhaltlicher Art. Sie hat zunächst festgestellt, dass die

Behauptung von Gegnern der Reform, es gäbe tausende von Diskrepanzen zwischen den Wörterbucheinträgen, maßlos übertrieben ist. Bis Ende des Jahres wird sie die vorläufige Analyse der Zweifelsfälle abschließen, sodass zum Schuljahresbeginn 1998, zu dem die neue Rechtschreibung in Kraft treten wird, für ausreichende Klarheit in allen strittigen Fällen gesorgt ist.

Eine Rückkehr zu sachlichen Argumenten, mehr Nüchternheit und Gelassenheit und die Besinnung darauf, dass es lediglich um einige – zum Teil längst fällige – Korrekturen an einer dienenden Kulturtechnik geht, deren Erwerb und Handhabbarkeit dadurch verbessert werden sollen, tun Not.

Auch im Weiteren sollte die von den Regierungen der deutschsprachigen Staaten berufene Kommission für die deutsche Rechtschreibung alle Kritik ernsthaft prüfen, die dazu dient, das neue Regelwerk zu optimieren und auf eine erhöhte Akzeptanz der neuen Schreibung hinzuwirken. Dabei wird es nicht nötig sein, die Zuverlässigkeit der auf dem Markt befindlichen orthografischen Nachschlagewerke in Frage zu stellen. Wie bisher, so wird es auch in Zukunft von Auflage zu Auflage – also etwa alle fünf bis sieben Jahre – kleinere Korrekturen geben, die dann allerdings nicht mehr eine Angelegenheit allein der Wörterbuchredaktionen sein werden. Auf der Grundlage umfangreichen Materials wird dabei die Entwicklung der Rechtschreibung zu beobachten sein, und es wird sich zeigen, ob die neuen Schreibungen von der Sprachgemeinschaft angenommen werden oder nicht. Bis zum Ende des vorgesehenen Übergangszeitraums im Jahre 2005 dürften erste Erkenntnisse hierzu bereits vorliegen.